

Erscheint in Leipzig
Wittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. W. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haag,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
128. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 1ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Erzgeb. Sachl. Altenburg
nach auf den 1ten Monat des
Quartals u. 64 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergeltungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Zeit-Reile berechnet.

Nr. 20.

Freitag, 19. Februar.

1875.

Den 14. und 15. Februar fand eine Konferenz statt, an welcher 16 Parteigenossen der verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen Deutschlands Theil nahmen. In derselben wurde der Programm- und Organisationsentwurf ausgearbeitet, welcher dem für die Woche nach Pfingsten in Aussicht genommenen Congress behufs Vereinigung aller Sozialdemokraten Deutschlands vorgelegt werden soll. Die Verhandlungen verliefen zu vollständiger Zufriedenheit aller Teilnehmer.

Die Landfrage vor dem preussischen Abgeordnetenhanse.

(Schluß.)

Abgeordneter Dr. Kopp: Ich bin im Wesentlichen mit den Anträgen des Herrn Abgeordneten Miquel einverstanden und hoffe, daß der Herr Finanzminister, wie er es angeht, auf dem beschrittenen Wege weiter vorgehen wird. Besonderer Berücksichtigung werth scheinen mir zwei Punkte. Der eine Punkt ist der, daß die Auswanderung der ländlichen Bevölkerung in diesem Jahre so gering gewesen ist wie lange Jahre vorher nicht und daß die Rückwanderung nach Deutschland in einem die kühnsten Erwartungen übersteigenden Maße zugenommen hat. Es sind im vorigen Jahre allein aus dem Hafen von New York 96,000 Auswanderer nach Europa zurückgekehrt, unter denen sich 64—66000 Deutsche befanden. Die Zahl der über Hamburg und Bremen nach Amerika ausgewanderten Deutschen betrug 60,000, dazu auf dem indirekten Wege von Hamburg über Liverpool noch etwa 12,000, also zusammen 72,000 und mit der zerstückelten Auswanderung aus den übrigen Häfen zusammengezogen keine 100,000 Deutsche, so daß also die deutsche Rückwanderung im vorigen Jahre kaum ein Drittel geringer ist wie die Auswanderung. In dieses Zeichen der Zeit sollten wir aufpassen. Wir können es nicht besser thun, als wenn wir die Gesetzgebung zu Gunsten der ländlichen Bevölkerung befördern und mit der Parzellierung der Domänen fortfahren. Die Auswanderung hat immer ihre Ebbe und Fluth; bei großen europäischen Krisen wandern die Leute aus, bei großen kommerziellen oder politischen Krisen in den Auswanderungsländern dagegen nicht. Im Augenblick befinden wir uns in solcher Ebbe und wir können dieselbe festhalten, wenn wir mit der Parzellierung der Domänen fortfahren. In Amerika schätzt man jeden Einwanderer auf 800—1000 Dollars Kapitalwerth. Wenn wir ihn hier nur zur Hälfte, zu nur 500 Thlr. schätzen und daran denken, daß wir seit 1820 allein an 6 Millionen an die Vereinigten Staaten von Amerika abgegeben haben, dann bekommen wir eine Summe, die viel bedeutender ist, als die Milliarden, welche uns Frankreich als Kriegsschädigung gezahlt hat. — Sie werden vielleicht sagen: die zurückkommenden Leute sind arm und können von den Wohlthaten des Gesetzes wahrscheinlich keinen Gebrauch mehr machen. Es kommt hier aber weniger auf die Leute an, die zurückkehren, sondern es kommt darauf an, daß diejenigen, die den Wunsch haben, auszuwandern, einer humanen Gesetzgebung gegenübergestellt werden, welche sie veranlaßt, ihren Entschluß nochmals in Erwägung zu ziehen und schließlich zu Hause zu bleiben, daß sie, namentlich weil der leichtere Erwerb von Grundstücken ihnen in Aussicht gestellt wird, die Heimath der Fremde vorziehen. Der deutsche ländliche Arbeiter giebt seine engen Verhältnisse zu gern auf, um Herr auf seinem Grund und Boden zu werden. Wenn in Amerika und Australien bereits alles Land vergeben wäre, so würde die Auswanderung dahin bedeutend abnehmen. Am also den Leuten eine Heimath lieb und werth zu machen, müssen wir ihnen die Erwerbung von Grundeigentum erleichtern. Ich hoffe, der Finanzminister wird auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren, wenn auch die Resultate vom fiskalischen Standpunkte nicht befriedigend sind. Im vorigen Jahre haben wir gehört, daß die Ländereien an der holsteinischen Küste unbar gemacht worden sind. Das Resultat war, so viel ich weiß, zufriedenstellend. Allein es handelt sich nicht allein um die heutige Generation, nach einem Menschenalter haben wir vielleicht ganze Compagnien von Soldaten aus jener neu besiedelten Gegend. (Große Heiterkeit.) So, meine Herren, wir müssen doch für Leute sorgen, die das Vaterland vertheidigen — und wenn wir den Leuten die Ansiedelung leichter machen, so helfen wir sie an die Scholle und verhindern die Auswanderung. In Einwanderungsländern kostet der Morgen 1/2—2 Thlr., so daß ein fleißiger Arbeiter sich leicht ein Besitzthum von 60—120 Morgen schaffen kann. Eine große Anzahl Eisenbahngesellschaften, z. B. die Illinoisbahn, giebt große Strecken Land zum Zwecke der Ansiedelung ganz unentgeltlich weg. Es scheint mir das wohl Ihrer Beachtung werth zu sein, und ich möchte den Finanzminister ersuchen, von diesen Gesichtspunkten aus an die Frage heranzutreten, und sich nicht abschrecken zu lassen, wenn der fiskalische Gewinn nur Zeit vielleicht nicht den Erwartungen entspricht.

Finanzminister Camphausen: Die Gesichtspunkte, die der Herr Abgeordneter hervorgehoben, habe ich vor dem Hause schon im vorigen Jahre vertreten. Ich kann nur wiederholen, daß ich auf das Lebhafteste davon durchdrungen bin, daß wir dem Auswanderungsstrome die Gelegenheit verschaffen, im Vaterlande zu bleiben und hier seine Kräfte nützlich zu verwenden. Alles, was in dieser Richtung von mir geschehen kann, wird wie bisher, so auch in

Zukunft, und wenn möglich in verstärktem Maße geschehen. Der Kommissar hat vorher über zwei Pläne, die bereits realisiert sind, Auskunft gegeben. Natürlich ist damit unsere Aufgabe nicht abgeschlossen. Im Gegentheil, in diesem Augenblicke sind bereits für andere Domänenvorwerke die Parzellierungspläne entworfen. Wenn es aber auf diesem Wege nicht so rasch gehen sollte als gewünscht wird, so dürfen wir nicht übersehen, daß vor allen Dingen auch die Kräfte gegeben sein müssen, um Grundeigentum zu erwerben, wenn die Ansiedelung von Nutzen sein soll. Es kann doch nicht wünschenswerth sein, daß wir uns auf die Frucht von Treibhauspflanzen verlassen, sondern nur dort, wo die Bedingungen für den Erwerb von kleinerem Grundbesitz vorhanden sind, kann der Domänenfiskus die Wege bahnen und es erleichtern, daß dieses Ziel erreicht werde. Ich selbst bin in einer Provinz aufgewachsen, wo das Grundeigentum ganz außerordentlich stark parzelliert worden ist; ich habe lange Jahre meines Lebens für die Vertretung des Landes gekämpft, daß die Parzellierung des Grund und Bodens ein hohes Kulturinteresse sei. So lange die Domänenverwaltung mir anvertraut ist, können Sie sich darauf verlassen, daß nach dieser Richtung das Thunliche geschehen wird. (Beifall.)

Abgeordneter v. Kardorff: Für unsere östlichen Provinzen liegt ein großes Hinderniß der Parzellierung darin, daß die klimatischen Verhältnisse überall dort, wo ein leichter Boden vorhanden ist, die Parzellierung entschieden nicht ertragen. Ich kann daher auch die Regierung nur bitten, bei Parzellierung von Domänen ihr Augenmerk nur auf solche mit bestem Boden zu richten, und nicht etwa bei dieser Gelegenheit ihre Domänen mit schlechtem Boden los werden zu wollen. Den Abg. Miquel möchte ich bitten, mit mir dahin zu wirken, daß baldmöglichst diejenige Rentenbank, die ich bereits im vorigen Jahre vorgeschlagen habe, in's Leben gerufen werde. Dies ist der einzig mögliche Weg, um die Melioration und insbesondere die Drainirung in großem Maßstabe in's Werk zu setzen.

Abg. v. Benda: In dem Umfange, daß die kleineren Parzellen keine Käufer finden konnten, liegt der deutliche Hinweis, daß einzig und allein die Kolonisation von Bauern und nicht die von Kleinrentnern und Bändnern das erstrebenswerthe Ziel sei. Möge die Regierung bei den künftigen Verkäufen diese Erfahrung beherzigen.

Abgeordneter Krich: Die Regierung hat gerade bei dem jetzt in Aussicht genommenen Domänenvorwerk Resignenhausen den Rath des Abgeordneten v. Kardorff nicht berücksichtigt; denn der schwere und saure Boden dieser Domäne ist ganz ungeeignet für Bändner und Kossäthen, für welche bei uns in Pommern in erster Linie der Kartoffelbau in Betracht kommt. Dazu kommt, daß diese Domäne am Ufer der Ostsee liegt, und nachdem in Folge der letzten Springsluthen im dortigen Kreise der Bau eines Deiches beschlossen ist, von welchem aber gerade dieses Vorwerk ausgeschlossen und ungeschützt bleibt, wird es noch mehr wie bisher den Ueberschwemmungen ausgesetzt sein. Ich kann die Wahl dieses Vorwerks zu dem gewünschten Zwecke in keiner Weise billigen.

Der Etat wird hierauf bewilligt. —

Also die preussische Regierung will auf der betretenen Bahn fortfahren und Domänen, wenn auch bis dato bloß solche mit „schwerem und saurem Boden“, wie Herr Krich aus der Schule geschwätzt hat, parzellieren. Herr Camphausen betrachtet es ja als „ein hohes Kulturinteresse“, daß Grund und Boden zerstückelt werde.

Derselbe Herr Camphausen verkündigte es neulich als hohes Kulturinteresse, daß der Arbeitelohn verkürzt und die Arbeitszeit verlängert werde. Der Mann ist wenigstens konsequent, denn die unglücklichen Leibeigenen, die auf den Parzellen gezüchtet werden, sind gezwungen, für jeden Lohn jede Zeit lang zu arbeiten. „Wo ein grundbesitzender Kleinbauernstand herrscht, sagt Herr Miquel, da sind immer überschüssige Arbeitskräfte vorhanden“ — das heißt Proletariat, die sich dem Kapitalisten bedingungslos verkaufen müssen, bloß um das nackte Leben zu fristen. Da haben wir das Geheimniß dieses neuesten Versuchs zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage.

Die komische Person in dieser traurigen Debatte ist Herr Kopp, dem offenbar der famose Satz vorschwebte (wir glauben aus dem „Neuen Wintermärchen“):

„Ganz Deutschland ist ein Menschengefüß
zur Züchtung von Rekruten.“

Die Blut- und Eisenpolitik braucht Kanonensfutter, und woher das Kanonensfutter nehmen, wenn das dienstfähige Menschenmaterial nach Amerika auswandert?

Amfants sind die Bemerkungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. „Jahre hindurch — leitartete das Bismarck'sche Leiborgan — hatte es den Anschein, als ob unsere wirtschaftliche und soziale, und damit unsere politische Entwicklung, nur zwischen der Scylla der „Weltmachstellung der Vögel“, wie sie von gewisser Seite laut betont wurde, und der Charibdis einer durch die sozialistischen Agitationen herbeigeführten Auflösung aller Grundbedingungen ehrlicher Arbeit hindurchgehen könne. Die Krisis der beiden letzten Jahre ließ die neuere Wirtschaftslehre durch die Ueberreizungen, die sie ermöglichte hatte, an ihren äußersten Konsequenzen anlangen. Die Krisis vernichtete eine Fülle schnell aufgeschossener unberechtigter Existenzen und begrub für Viele, welche jenen Ueberreizungen zum Opfer gefallen waren, die sauer erworbenen Früchte langjähriger Fleißes. Aber sie gebot zugleich der sozialistischen Bewegung, den Maßlosigkeit in der Lohn- und Contraktfrage Einhalt. Mit dem schnell gesunkenen Verdienst der Arbeitgeber sind die Arbeitelöhne, wenigstens in den Hauptindustrie-

zweigen, in schnellem Rückgang begriffen. Arbeiter und Arbeitgeber stehen heute rathlos einander gegenüber, die Ueberreizungen der letzten Jahre haben schnell zur Einkehr und damit hoffentlich zur Umkehr geführt. Der günstigste Zeitpunkt für die ordnend eingreifende Hand der Gesetzgebung ist gekommen. Es erfüllt mit Befriedigung und Zuversicht, sehen wir in diesem Augenblicke die einflußreichsten politischen und wirtschaftlichen Parteien zu den alten Quellen unserer Kraft, zum Landbau, zurückkehren; die alten preussischen Traditionen: die Ansiedelung und Selbstgewinnung der ländlichen Bevölkerung wieder aufnehmen, und diese Bestrebungen zusammenfallen mit dem neuen Abschnitt unserer nationalen wirtschaftlichen Entwicklung, den das Bankgesetz mit der ihm von der Hand des Gesetzgebers gegebenen Aufschrift: „Arbeits- und spars!“ inaugurieren soll.“

So das offiziöse Blatt, dem die Reptilienthaler offenbar in den Kopf gestiegen sind.

Die „neue Aera“ unserer nationalen wirtschaftlichen Entwicklung, welche aus dem „schweren und sauren“ Domänenland erwachsen soll, wird ein ebenso klägliches Ende nehmen, wie die auf diesem „schweren und sauren“ Land errichteten Bauernwirtschaften. Das beste dabei ist, daß es sich nur um ein Experiment im Kleinen handelt. Indefß das entscheidend wieder die Regierung noch die Gesetzgeber; und die Thatsache, daß Ministerium und Landtag in Preußen sich prinzipiell für das Parcellensystem ausgesprochen haben, dessen Unhaltbarkeit und Gemeinshädlichkeit sich in Frankreich so handgreiflich herausgestellt hat, ist wahrhaftig nicht geeignet, dem Volk eine hohe Meinung von der Weisheit der heutigen Staatslenker beizubringen. Nicht bloß von den Bourbonen gilt das berühmte Wort:

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.

Politische Uebersicht.

— Intelligenzstaatliche Schulbildung. Zahlen beweisen. Aus dem statistischen Werke „Die Gemeinden und Gutsbezirke des preussischen Staats und ihre Bevölkerung“ entnehmen wir folgende Zahlen für die Provinz Preußen. Die Bevölkerung des Kreises Strassburg in Westpreußen beläuft sich auf 65,493 Seelen. Darunter befinden sich 26,230 Personen über 10 Jahre, welche nicht lesen und schreiben können, während bei 786 Personen die in dieser Beziehung gestellte Frage nicht beantwortet ist. Im Kreise Loban mit einer Gesamtbevölkerung von 50,691 Seelen belief sich die Zahl der ununterrichteten auf 19,726, während über 1822 Personen nicht Anstalt ertheilt ist. Noch trauriger steht es mit der Schulbildung im Kreise Carthaus, welcher bei einer Bevölkerung von 56,133 Seelen 24,074 Nichtleser aufweist, wiewohl bei 1363 die bezügliche Frage nicht beantwortet ist.

Die wenigen hier hervorgehobenen Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, wie es mit der Volkbildung in der Provinz aussieht. Unmöglich kann es zur Entschuldig gereichen, daß namentlich in den Grenzreisen sich viele Ausländer, sogenannte polnische Ueberläufer — im Kreise Strassburg allein 1271 — aufhalten, die ganz ungebildet sind und nie eine Schule gesehen, viel weniger sie besucht haben. Die Hauptsache ist die grenzenlose Verwahrlosung der Schule und ihre Vernachlässigung durch den Staat. Durch die Anstellung von Kreis-Schul-Inspektoren, die meistens nicht Fachmänner sind, während die Bezirks-Schul-Inspektoren größtentheils dem orthodoxen Pfaffenstamme angehören oder Amts-Vorsteher, Gutbesitzer u. s. sind, ist gar nicht gethan und durch sie wird der immer mehr überhand nehmenden Verwahrlosung und Verrohung, in der sogar Lehrer dadurch glänzen, daß sie sich dem Trunke und Spiele ergeben, häufig nicht einmal die vorgeschriebenen Schulstunden abhalten und sich in den Kreisen mit fremden Handweilkeburden und den Bauern herum schlagen, nicht gesteuert werden. Das einzige Rettungsmittel, um aus solchen Zuständen herauszukommen, ist eine radikale Reform der Volksschule an Haupt und Gliedern, d. h. deren vollständige Trennung von der Kirche, ein dem entsprechenden volkthümliches und wahrhaft freistündiges Unterrichtsgesetz, dann sorgfältige Auswahl der Lehrer, die wirklich gebildet und charaktervolle Männer sein müssen, die schon durch ihr Beispiel das Volk auf einen anderen Weg, als den jetzt betretenen führen, und endlich ein solcher Gehalt für dieselben, daß sie den Subalternbeamten mindestens gleichgestellt sind. Auf andere Weise ist dieser Augiasstall nicht zu reinigen.

— O welche Lust Soldat zu sein. Wie die „Schlesw.-Holst. Landesztg.“ mittheilt, wurden an Bord des Kasernenschiffes „Gefion“ zwei Marineoldaten wegen „Malpropretät“ von dem Commandanten dazu verurtheilt, so gewaschen zu werden, daß man es sehe. Sie wurden bei schneidender Kälte auf ein Floß gebracht, ausgekleidet und mit heißem Wasser, Bürsten und Ziegelsteinen (!) so lange bearbeitet, bis ihnen ein Theil der Haut von Armen und Rücken geschunden war. Dann mußten sie wieder ihren Dienst verrichten und es wurde ihnen noch verwehrt, sich zum Arzt zu melden.

In ähnlicher Weise verfuhr man kürzlich in einer preussischen Kaserne zu Mainz mit ein paar Infanteristen, die eben vom Exerciren eingerückt waren. Man wusch sie — vollständig entkleidet — bei der großen Kälte im Kasernenhof. Dies dauerte so lange, bis die Arbeiter einer benachbarten Fabrik dem unmenschlichen Unteroffizier zuriefen, sie würden es ihm gerade so machen, wenn sie ihn erwischten. Darauf wurde der Hof abgeschlossen. — Dafür ist aber auch nach Moskau — die Kaserne die „größte Bildungsanstalt“.

— In welcher insamen Weise liberale Blätter zu Denun-
ziationen die Zucht nehmen, um die Arbeiter zu bekämpfen, wo
dieselben ihre Interessen gegenüber den Kapitalisten verteidigen,
davon giebt der „Hannoversche Courier“ wieder ein Proben. Der-
selbe schreibt:

„(Sozial-Demokratisches.) Es ist eine auffällige Er-
scheinung, daß ungeachtet der Bestimmungen im § 2 des Vereins-
gesetzes die Zweigvereine des Allgemeinen deutschen Tabak-
Arbeiter-Vereins, welcher über fast ganz Deutschland sich erstreckt und
entschieden im sozialdemokratischen Sinne wirkt, der Beachtung
der Behörden größtentheils sich entzogen haben. Es sind nener-
dings auch in unserer Provinz Fälle hervorgetreten, daß solche
Zweigvereine seit einer Reihe von Jahren bestanden, ohne der
Ortspolizeibehörde auch nur gemeldet, oder, wenn gemeldet, von
derselben irgend näher beachtet zu sein. Von Berlin aus gut or-
ganisiert und geleitet und in dem „Volkshafte“ mit einem ver-
breiteten Vereinsorgan versehen, bildet dieses Netz von Zweigverei-
nen ein nicht gering zu schätzendes Mittel der Sozialdemokratie.
Wozu auch die mit dem Verein verbundenen Kranken- und Reise-
Unterstützungs-Kassen manches Nützliche leisten und wird auch jede
Vereinsthätigkeit, so lange sie sich innerhalb der gesetzlichen Gren-
zen bewegt, von der liberalen Presse nur begünstigt werden kön-
nen, so wird doch die Ausdehnung dieser Vereine zu sozialdemo-
kratischen Zwecken unseres Erachtens den Behörden genügenden An-
laß zu einer näheren Beachtung in der Richtung bieten müssen,
ob dieselben nur überhaupt mit öffentlichen Angelegenheiten sich
beschäftigen oder aber auch bezwecken, politische Gegenstände in
Versammlungen zu erörtern. Im letzteren Falle würde nach Maß-
gabe des § 8 des Vereinsgesetzes ihren Ausschreitungen ungleich wirk-
samer entgegenzutreten sein. Einige Zeit vor den letzten Reichstags-
wahlen wurden an manchen Orten die Wahrnehmung gemacht, daß
aus den Mitgliedern dieser Zweigvereine des Allgemeinen deutschen
Tabak-Arbeitervereins mehr oder weniger selbstständige Gruppen
des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins sich bildeten, welche
jedoch wegen des zweifelhaften politischen Charakters dieses Vereins
die augeren Merkmale des Zweigvereins mit Rücksicht auf jene
die Verbindung politischer Vereine unter einander verbietenden
§ 8 möglich von sich fern zu halten suchten. Voraussetzlich wird
vor den nächsten Reichstagswahlen dieselbe Manipulation sich
wiederholen.

Schon deshalb erscheint eine Beachtung dieser Zweigvereine
des Allgemeinen deutschen Tabak-Arbeiter-Vereins vermittelst ge-
nauer Handhabung des § 2 des Vereinsgesetzes empfehlenswert,
vor Allem in ländlichen Bezirken, in welchen bei ungenügenden
polizeilichen Kräften die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie
unter den Tabakarbeitern (Cigarrenmachern) nicht selten am
größten ist.“

Wir bemerken hierbei, daß der Tabak-Arbeiter-Verein keinerlei
politische Tendenzen verfolgt, was auch verschiedentlich gerichtlich
festgestellt ist. — Daß viele Arbeiter Sozialdemokraten sind, ist
selbstverständlich; aber es gehört schon eine echt national-liberale
Freiheit dazu, denselben deshalb ihr Vereinsrecht verweigern zu
wollen. (Dr. Volkst.)

— Zum Klassenkampf in England. Die Aussperrung
der Kohlengrubenarbeiter in Südwales, welche in ihrem vollen
Umfange fortbauert, hat den Exkursionsausflug des Gewerksvereins
der englischen landwirtschaftlichen Tagelöhner veranlaßt, zu Gun-
sten der Aussperrten folgende Resolution zu fassen:

„Der Ausschuss drückt sein tiefes Bedauern aus über die
grausame Handlungsweise der Kohlengrubenbesitzer in Südwales, die
durch die über 120,000 Arbeiter verhängte Arbeitssperre zeigen,
daß die Arbeitgeber sich nicht um die Höhe der Leiden kümmern,
welche eine solche willkürliche Handlungsweise für unschuldige Leute,
die einem Schiedsgericht zur Schlichtung des Streites sich unter-
werfen wollten, zur Folge haben mag; und der Ausschuss drückt
seine Sympathie aus mit den Leidenden und hofft, daß sie im
Widerstande gegen solch schredliches Gebahren erfolgreich sein
mögen.“

Mit dem „tiefen Bedauern“ über die „grausame Handlung“
der Kohlengrubenbesitzer ist weiter den Kohlenarbeitern geholfen,
noch sind die Kohlengrubenbesitzer von der Grausamkeit ihres
Handelns überzeugt. Wo der Klassenkampf zu einer Schärfe ge-
dienen ist wie in England, wo es sich um die Existenzfrage der
einen oder anderen Klasse handelt, da kann von Grausamkeit nicht
die Rede sein, da tritt an Stelle der Grausamkeit die Methode.
Also nicht durch „tiefes Bedauern“, sondern nur durch metho-
dischen Kampf, einen Kampf, der sich zum Ziele gesteckt hat, an
Stelle der Vielgestaltigkeit der Klassenherrschaft die eine und wahre
Volksherrschaft zu setzen, durch einen solchen Kampf allein nur
können die Kapitalisten, und was drum und dran hängt, unschädlich
gemacht werden.

— In Betreff eines Strikes der Uhrmacher in San
Francisco geht der New-Yorker „Neuen Arbeiterzeitung“ von
dort folgender Bericht resp. Protest zu, den wir auf Wunsch hier
abdrucken.

Eine Versammlung der internationalen Arbeiter in dieser Stadt
wurde heute Abend (am 4. Januar) abgehalten, um die Streitig-
keiten zwischen der Cornell-Uhren-Compagnie und ihren Arbeitern
zu beraten. Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die Berichte
der täglichen Zeitungen über die Verhandlungen der beiden Parteien
dem Inhalte nach korrekt sind, ergreifen wir die Gelegenheit, die
Aufmerksamkeit der Kapitalisten sowie die der Arbeiter auf die
Natur des Streites zu lenken und zu zeigen, wie er ist, und die falschen
Voraussetzungen der Compagnie ins rechte Licht zu stellen. Wir
werden unseren Mitarbeitern eine Darlegung der Thatsachen
schreiben.

Zunächst stellen wir ganz entschieden in Abrede, daß die Com-
pagnie mit all ihrem Reichtum im Stande wäre, auch nur einen
einzigen Mann in der Schweiz kaufen zu können, um die ausge-
spernten Arbeiter zu erlösen, zumal wenn die Thatsachen dort
bekannt werden, und sie werden dort bekannt, denn die Inter-
nationalen dort sind eine intelligente und kompakte Masse, welche
einen kontrollierenden Einfluß auf die Arbeiter ausüben.

Aus den Äußerungen der verschiedenen Angestellten (nicht
allein in den letzten Verhandlungen, sondern auch in privaten
Gesprächen) geht nur zu deutlich hervor, daß die Compagnie von
Anfang an beabsichtigte, und es jetzt noch beabsichtigt, Chinesen
anzustellen, trotzdem daß die Masse der unbefähigten weißen Ar-
beiter nicht nur täglich mehr und mehr anschwillt, sondern auch
den Frieden der Gesellschaft und das Bestehen derjenigen Institu-
tionen, auf deren Schutz das Kapital sich stützt, gefährdet. Die
Erfahrungen, die wir mit der Chinesenarbeit im Schuhmacherges-
chäft gemacht haben, sagen uns, daß, selbst wenn es die Com-
pagnie mit dem Vorgehen, die Chinesen nur die raue Arbeit
ihm zu lassen, aufrichtig meinte, die weißen Arbeiter durch
das hinterlistige Vorgehen der Chinesen schließlich aus allen Ab-

teilungen sicher verdrängt werden. Eine unvermeidliche Not-
wendigkeit, welche unser korruptes Produktionssystem gebiert, be-
steht in dies. Der Kapitalist, welcher mit dem andern auf dem
Weltmarkt konkurriert, muß entweder neue Wege entdecken, um ge-
winnreiche Unternehmungen zu machen, oder billige Arbeit ein-
zuführen, und in so weit das Angebot unbegrenzt ist, müssen alle
andern denselben Weg gehen, welchen der erste einschlug, oder ihr
Geschäft aufgeben.

Die tägliche Presse hat schon nachgewiesen, daß die Einfüh-
rung billiger Chinesenarbeit dem Kapitalisten bloß einen tempo-
rären Nutzen schafft, schließlich aber entschieden zu seinem Nach-
theile ausfällt; während die weißen Arbeiter aus dem Arbeits-
markt hinausgestoßen und dann ein demoralisierendes Element in
der Gesellschaft werden, verlangen die Chinesen, selbst dann schon,
wenn sie den weißen Arbeitern in Hinsicht ihrer Leistungen noch
lange nicht gleich stehen, ihren vollen Lohn, und beginnen mit
ihrem eigenen Kapitale zu arbeiten. — Die Stellung, welche die
Fabrikarbeiter einnehmen, soll in keiner Weise eine Diktatur aus-
üben auf die Compagnie, eben so wenig als der Versuch, die
Chinesenarbeit einzuführen, den Arbeitern diktirt werden kann. Es
ist eben ein Ausgleichungsversuch, in dem Jeder selbst seinen Preis
für das, was er von dem andern zu erhalten hofft, feststellt. —
Wenn die Kapitalisten sich verbinden und die Gesetzgebung kon-
trollieren in ihrem Interesse, so haben die Arbeiter das Recht, das-
selbe zu thun oder sich selber gegen die tödtlichen Griffe des
Kapitals zu beschützen, auch selbst durch eigennützige Mittel;
da die Arbeiter jedoch stets auf einen überlegenen Feind treffen,
so müssen sie eben solche Mittel gebrauchen, als ihnen die Ge-
legenheit an die Hand gibt. Wenn das Kapital darauf besteht,
die Arbeiter zu zwingen, bloß ihr Interesse zu wahren, weil die
notwendigen Bedürfnisse des Lebens sie dazu zwingen, so möchten
wir den Arbeitern raten, sich dem chinesischen Kapitalisten zu ver-
binden; diese würden mit Freunden die Gelegenheit ergreifen, und
Jeder würde dabei gewinnen. Sie könnten ohne Zweifel lohnende
Beschäftigung in Japan finden, wenn sie dort diesen Industrie-
zweig organisierten, es würde den Preis für ihre heruntergedrückten
und die Nachfrage würde um so größer sein. Wenn die Behaup-
tungen der Kapitalisten korrekt sind, so ist es besser, sie bis zum
extremsten Ziele zu treiben, zum Wohl und Besten aller Parteien.
Wenn schrankenlose Konkurrenz dazu benutzt wird, um die intelli-
genten weißen Arbeiter abzuschlachten, dann sollten diese die
Methode wählen, welche das Kapital wählt. Wir halten dafür,
daß die Arbeiter im gleichen Streite Meister im Felde sein wer-
den, ihre Fähigkeiten sehen in direkter Verbindung mit dem
natürlichen Reichtume, es kommt nur darauf an, mit Erfolg die-
selben zu organisieren.

Wir raten unseren Mitarbeitern von der Uhrmacher-Gilde,
sich zum Selbstschutz zu vereinigen, und wir bieten unsere Hilfe
an mit unserer Erfahrung, sie brauchen gerade die Erfahrungen
einer solchen Association als die der Internationalen. Um den
Mitarbeitern in der Schweiz gerecht zu werden, sollten dieselben
mit uns gemeinsam arbeiten gegen den Vampirismus des Kapitals,
welches aus den Arbeitern in allen Ländern den letzten Blut-
tropfen herauszupressen sucht.

Es liegt in der Macht der Arbeiter, dadurch daß man ver-
einigt Front macht, jedem humanen Menschen den gierigen
und gewissenlosen Despotismus des Kapitals klar und als ver-
abscheulich zu kennzeichnen. Es ist jetzt an der Zeit, den
Plan für das Vorgehen zu beraten. Wir fordern Euch auf, fest
und entschieden den ersten Versuch, Sklavenarbeit in Eurer Ge-
schäft einzuführen, zu widersprechen, denn reicht man dem Teufel die
Finger, so nimmt er die ganze Hand.

Die Voraussetzung, daß der Arbeiter sich jedem Wunsche des
Kapitals, auch selbst dann, wenn ein solcher ungerecht ist, fügen
muß, ist eine alberne Abgeschmacktheit. Wir haben Grund zu
glauben, daß der Kompromiß, den die Compagnie eingegangen
ist, nur ein Vorwand ist, um Zeit zu gewinnen. Seid vorsichtig,
Arbeiter, daß Ihr Euch nicht fangen laßt von diesen scheinbaren
Philanthropen, welche Euch Euer täglich Brod geben, aber so viel
aus Euch heraus schlagen, um herrlich und im fürstlichen Luxus zu
leben.

(Deutsche und schweizerische Uhrmacher, denen von amerikani-
scher Seite Anerbietungen gemacht werden sollten, mögen obige
Mittheilung im Auge halten. R. d. B.)

— Liberale Logik. Die Chemnitzer „Freie Presse“ schreibt:
Das „Chemnitzer Tageblatt“ ist wieder einmal die Phrase
vom Rückgang der Sozialdemokratie auf, und führt als Beweis
für den Rückgang an, daß in Eisenach die sozialdemokratische
Agitation ganz besonders rege betrieben wird! — Wahr-
haftig ein schlagernder Beweis! — Aber das „Tageblatt“ bringt
noch mehr Beweise, es zählt die sozialdemokratischen Blätter auf,
welche im Laufe der letzten Jahre eingegangen sind, und diese Auf-
zählung ist ungemein lustig. Es befinden sich unter den „eingegan-
genen“ Organen erstens das „Demokratische Wochenblatt“. Das-
selbe ist bekanntlich nicht eingegangen, sondern der „Volkst-
staat“ hat sich aus diesem Blatte entwickelt. Wenn man ein
Blatt vergröbert und ihm einen passenderen Namen giebt, so ist
das bei unseren Gegnern ein Eingehen, welches von Rückgang
zeugt. Weiter wird, als eingegangenes sozialistisches Blatt, das
„Fürther demokratische Wochenblatt“ angeführt. Mit dem-
selben verhält sich ebenso, wie mit dem obigen. Es erscheint jetzt,
statt ein-, dreimal wöchentlich, und heißt in Folge dessen nicht
mehr „Wochenblatt“ sondern „Rürnberg-Fürther Sozial-
demokrat“. — Der „Sozialdemokrat“ soll auch eingegangen
sein; daß derselbe als „Neuer Sozialdemokrat“ sofort wieder
erstand und jetzt wenigstens viermal so viel Leser hat, als das
„Ch. Tgl.“, davon schweigt letzteres in seiner Unschuld. Die
„Süddeutsche Volksstimme“ ist nach dem „Ch. Tgl.“ auch
eingegangen. Dieselbe erschien früher dreimal wöchentlich, und er-
scheint jetzt täglich unter dem Titel „Neue Mainzer Zeitung“. Nachdem das „Tgl.“ alle diese Verluste, welche unsere Partei-
presse erlitten, aufgezählt hat, schließt es: ...so daß auch hier-
aus ein Rückgang der sozialdemokratischen Partei er-
hell! — Daß das „Tgl.“ und diejenigen Blätter, welchen es
obige Lügen nachgedruckt hat, wirklich nicht wüßten, daß die sozial-
demokratische Presse nicht nur nicht zurückgegangen, sondern sogar
einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat, glauben wir
nicht. — Diese ehrenwerten Organe vom Schlage des „Chem-
Tgl.“ erfinden eben dergleichen sinnlose Lügen, um das große
Publikum über die sozialistische Bewegung zu täuschen und ihm
Sand in die Augen zu streuen. Daß sie zu solch traurigen Mitteln
greifen müssen, dies ist das beste Zeugniß gegen den Rückgang
der Sozialdemokratie.“

So weit unser Chemnitzer Parteiorgan. Wir haben diese
Notiz abgedruckt, weil der Blödsinn des „Chemnitzer Tageblattes“
durch unsere „liberale“ Presse den üblichen Rundgang hält. —

— Herr Schulze (nicht der Dillischer, sondern der Mainzer)
lebt noch. Er schreibt der „Concordia“ natem 23. Januar:

„Dem aufmerksamen Leser der sozialdemokratischen Hauptblätter
kann es nicht entgangen sein, daß namentlich der „Volkstaat“ sich
in letzter Zeit einer ungleich größeren Vorsicht und Rührigkeit als
sonst bezeigt. Es hat das, unseres Erachtens, zwei Gründe.
Für's Erste hat man endlich doch angefangen, dem edlen Blatte
etwas schärfer auf die Finger zu sehen und das Gesetz, welches
doch am Ende auch für den „Volkstaat“ da ist, vorkommenden
Falle zur Anwendung zu bringen. Aus einer Notiz der „Frank-
furter Zeitung“ ersehen wir, daß neulich bei einem einzigen Ter-
min 13 Klagen, darunter 10 Seitens des Fürsten Reichskanzlers,
gegen den „Volkstaat“ anhängig waren. Natürlich hält es das
demokratische, halb und halb mit der Sozialdemokratie sympathi-
sierende Blatt für sehr verwerflich, daß das Gesetz in solcher Weise
gehandhabt, bez. benützt wird; wir unsersseits halten dies jedoch
nicht nur für ganz gerechtfertigt, sondern sogar für die einfachste
Pflichterfüllung, ein-um Blatte gegenüber, welches mit einer Unver-
frohenheit wie kein zweites in Deutschland (selbst kein ultramon-
tanes) zwar alles ihm Passende abdruckt, alle Berichtigungen und
Erklärungen etc. aber consequent todt-schweigt. Wir glauben
sogar, daß der „Volkstaat“, sowohl durch Privats, als durch Be-
örden, in noch ganz anderem Umfange als bisher zur Aufrechter-
haltung von „Berichtigungen“ genöthigt werden sollte, da wie in diesem
Falle durchaus nicht einzusehen vermögen, warum vorhandene ge-
setzliche Handhaben großmüthig unbenutzt gelassen werden sollen.
Insamkeit scheint die dem „Volkstaat“ zu Theil gewordene Auf-
merksamkeit schon einigermaßen gewirkt zu haben, und da das Blatt
in gleichem Verhältnis an Interesse wie an Gift verliert, so be-
grüßen wir dieses Resultat mit Freuden. Sodann aber scheint es
doch unbecom empfinden worden zu sein, daß man nur eine
kleine Anzahl von „Volkstaat“-Nummern durchzugehen braucht,
um die Beweise für das Wesen der sozialdemokratischen Partei-
Bestrebungen, nämlich für die Abschaffung der politischen Resolu-
tionen, um dann mit Hilfe derselben die soziale Revolution in Scene
setzen zu können, dazwischen bei der Hand zu haben. Insbesondere
in Süddeutschland, in Pforzheim und Stuttgart (Pfeifer
Sänger etc.) ist in diesem Sinne eine lebhaftere Thätigkeit einfallt
wobei gethan hat, und wäre es auch nur dadurch, daß die Be-
ziehungen der Sozialdemokratie zu dem Kleinbürgerstande und zu
einem Theile der alten demokratischen Partei stark geschädigt wor-
den sind. Allerdings war diese Begegnung namentlich darum
eine so wirksame, weil man sich dabei nicht auf den Boden des
vulgären Liberalismus stellte, sondern die Arbeiterfrage tiefer auf-
faßte und sie mit den Bedürfnissen der Zeit, einerseits in religiös-
sittlicher, andererseits in volkswirtschaftlicher und gewerbepolitische
Hinsicht, in Verbindung brachte. Item, die Sache hatte offenbar
für den „Volkstaat“ ihr Nützliches und es muß die Parole aus-
gegeben worden sein, in Bezug auf die prinzipielle Berichtigung
des eingegangenen sozial-politischen Standpunktes sich zu mäßig-
en. Daß dieser Standpunkt selbst damit kein anderer geworden
ist, und daß die Agitation für denselben in gewissem Sinne
durch die scheinbare Harmlosigkeit, welche der sozial-politische In-
halt gegenwärtig zur Schau trägt, sogar begünstigt wird, braucht
wohl kaum bemerkt zu werden. Glücklicherweise ist das Material
der früheren Jahrgänge reich genug, um noch nicht so bald er-
schöpft zu sein.“

Gut de-moustrirt Herr Schulze. Lesen Sie nur unsere
„früheren Jahrgänge“ recht fleißig durch. Vielleicht finden Sie
darin noch einen Oden, und ein geheimes Staatspöschchen als
Unterlieber und Saubler erster Klasse. Dies freiwillige Gesell-
schaftsretten, mit einem „Schuster“ als Compagnon, ist doch im
Grund ein erbärmliches Geschäft, bei dem man es höchstens auf
die Kleinigkeit von 1500 bis 2000 Thalern das Jahr bringen
kann. Der Beweis, daß wir Hochverräter sind, wie es im Buch
d. h. im Strafgesetzbuch steht, würde mindestens das dreifache ein-
bringen. Also frisch an die Arbeit! Daß wir uns jetzt „größerer
Vorsicht und Rührigkeit als sonst bezeigen“, soll Ihnen nicht
hinderlich sein. Wir sind gutmüthige Leute, und geben Ihnen
hiermit die feierliche Versicherung (die wir auch jeden Moment vor
Bericht abzugeben bereit sind), daß wir heute genau ebenso den-
ken, genau dieselben Ziele verfolgen, wie in den „früheren Jah-
rgängen“. Wenn eine Aenderung stattgefunden hat, — auch das
sind wir bereit Ihnen vor Gericht zu bezeugen, — so besteht sie
jedemfalls nicht in einer günstigeren Bezeichnung der Personen
(Bismarck, Stieber, Wagner und Compagnie) und Dinge (Repul-
tationsfonds, Gelddiebstahl, Militarismus etc.), sondern umgekehrt.
Sie sehen, Herr Schulze, wir meinen es gut mit Ihnen und
machen Ihnen die Sache leicht.

Und noch Eins — wir wollen um jeden Preis feurige Kohlen
auf Ihr Haupt sammeln — ein Sperling in der Tasche ist besser
als zehn auf dem Dach; Agidi, Stieber, Bismarck et hoc
genus omne (und dieses ganze Volk) scheinen hinsichtlich Ihrer
staats- und gesellschaftsrechtlichen Verdienste schwer von Begriffen
zu sein, wir sind „bessere Menschen“ und proponieren Ihnen, unter
Verpändung unseres Ehrenworts: Für jede Berichtigung oder
Erklärung etc., die wir „konsequenter todt-schwiegen“ haben,
bezahlen wir Ihnen 100 Thaler = 300 Reichsmark bar oder in
guten Wärseln. Sind Sie nicht gerührt, Herr Schulze? Und
obendrein verpflichten wir uns, dem ersten Hundertthalerschein die
Erklärung beizulegen (die auch im „Volkstaat“ veröffentlicht werden
soll): Herr Schulze in Mainz ist kein Lump. Können wir
mehr thun? Können Sie mehr von uns verlangen, Herr
Schulze? —

Einiges über die Geschäftsordnung in Versammlungen.

Alles muß gelernt werden, kein Gelehrter fällt vom Himmel.
So ist es auch mit den Leitern von Versammlungen. Wer die
Regeln nicht kennt, nach welchen die Ordnung in Versammlungen,
während der Beratungen, am leichtesten aufrecht zu erhalten ist,
der wird häufig das rechte Maß nicht inne halten können. Aber
nicht nur der Leiter einer Versammlung soll diese Regeln üben,
sondern jeder einzelne Besucher der Versammlung; geschieht dies,
dann erst wird die Ordnung völlig gesichert sein.

Allgemein empfiehlt sich für jeden Versammlungsbesucher Ruhe.
Es ist keineswegs rüthlich, die Redner durch Zurufe zu unter-
brechen oder zu ermuntern. Jedes Falls- oder Mißfalls-Zeichen
kann sogleich stets zum Schluß einer Rede aufgepaßt werden.

Der Vorsigende eröffnet die Versammlung und macht zunächst
die ganze Tagesordnung bekannt. Ist dies geschehen und wünscht
keiner der Versammelten einen ihm wichtig erscheinenden Punkt zu-
erst erledigt zu sehen, worüber selbstverständlich die Versammlung
entscheidet, dann wird zunächst Punkt 1 zur Debatte gestellt. Dinge,
welche sich auf diesen Punkt nicht beziehen, haben die Redner streng
zu meiden. Die Redner erhalten das Wort nach der Reihenfolge,
gemäß der Einschreibung ihrer Namen in die Rednerliste. Wer

Ach zuerst meldet, kommt zuerst und so fort. Schweift ein Redner von dem Gegenstande der Verhandlung ab, dann ruft ihn der Vorsitzende zur Sache. Auf dies zweimal während einer Rede geschähen, dann hat der Vorsitzende die Versammlung zu fragen, ob sie den Redner noch länger hören will. Wird letzteres abgelehnt, muß dem Redner das Wort entzogen werden. Läßt sich ein Redner zu persönlichen Beleidigungen hinreißen, wird ihm vom Vorsitzenden ein Ordnungsruf erteilt, sofern der Redner die Beleidigung nicht sofort zurücknimmt. Muß Jemand in einer Versammlung zwei Mal zur Ordnung gerufen werden, dann darf er in derselben nicht wieder sprechen. Diese Maßregel ist im Interesse sachlicher Berathung und würdigen Verlaufs einer Versammlung unerlässlich.

Wird Schluß der Debatte oder Schluß der Rednerliste beantragt, so ist vor der Abstimmung über solchen Antrag die Rednerliste zu verlesen, damit Jeder weiß, wer noch zu sprechen verlangt. Anträge auf Schluß der Debatte, oder Schluß der Rednerliste sind sofort, nachdem der worthabende Redner ausgesprochen hat, zur Abstimmung zu bringen. Gewöhnlich wird vorher noch je ein Redner für und ein Redner gegen den Schlußantrag zu Wort gelassen.

Thatsächliche oder faktische Bemerkungen (Berichtigungen) werden jetzt in vielen Versammlungen nicht mehr gestattet, da sie zu vielen Mißbräuchen Anlaß geben. Ein guter Vorsitzender wird diesen Mißbräuchen zu steuern wissen. Will Jemand eine falsche Mittheilung berichtigen, so muß dies in klarer, kurzer Weise geschehen, z. B. „die Behauptung, daß Hamburg größer als Berlin sei, ist irrig. Nach Hüner's statistischer Tabelle zählt Berlin 820,000, Hamburg (innere Stadt nebst Vorstadt St. Pauli) nur 240,000 Einwohner.“ — Wenn thatsächliche Bemerkungen zulässig sind, dann ist zu denselben stets sofort, ohne Rücksicht auf die Rednerliste, das Wort zu erteilen.

Persönliche Bemerkungen können erst nach Schluß der eigentlichen Debatte gestattet werden. Sie dürfen nur von solchen Personen ausgehen, welche in der Debatte selbst genannt und mit irgend einer Angelegenheit in Verbindung gebracht worden sind. In der Form müssen sie sehr knapp sein, z. B.: „Herr Schulze hat behauptet, ich hätte mich gegen den Vorstand erklärt. Dem ist nicht so. Ich habe nur einige Fehler des Vorstandes gerügt, was ich der guten Sache schuldig zu sein glaube.“

Beiläufige Bemerkungen sind dem Vorsitzenden zu machen, so muß ihm dasselbe sofort nach Schluß der im Anmeldezimmer gehaltenen Rede erteilt werden. Der zur Geschäftsordnung Sprechende kann beantragen, daß die Debatte vertagt werde, daß dieser oder jener Redner zur Sache oder zur Ordnung gerufen werde u. s. w.

Bei Abstimmungen kommen stets die Amendements (Unter- oder Zusatzanträge) zuerst, dann folgt der Hauptantrag, soweit er durch Annahme irgend eines Amendements noch nicht erledigt ist. Stehen sich mehrere Anträge gegenüber, so hat der weitestgehende bei der Abstimmung den Vorrang. Ist z. B. von A. beantragt, eine Commission von 7 Personen zu wählen, und sind von B. dagegen 5 Personen vorgeschlagen, so wird über 7 zuerst abgestimmt. Wird diese Zahl nicht angenommen, erfolgt die Abstimmung über 5.

Ein Antrag ist angenommen mit einfacher (relativer) Stimmenmehrheit (Majorität), wenn von den Abstimmenden (nicht zu verwechseln mit Anwesenden) die meisten für ihn sind. Dies zeigt sich besonders oft bei Wahlen, wo z. B. A. 10, B. 12, C. 15 Stimmen erhält, und B. gewählt ist (einfache Majorität), falls die Erforderlichkeit einer absoluten Mehrheit nicht ausdrücklich vereinbart wurde. Die absolute (unbedingte) Mehrheit ist erzielt, wenn A. 10, B. 12, C. 23 Stimmen erhält, indem nun B. mehr Stimmen hat als A. und C. zusammen.

Ich hoffe, daß diese Winke dazu beitragen werden, den Gang mancher Verhandlung in ein richtiges Geleise zu bringen. A. G.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gottha. Aus Marburg wird uns mitgeteilt, daß daselbst die Löhne sehr niedrig gestellt sind, und damit die Herren Meister dieselben nicht noch mehr herunterdrücken, warnen wir unsere Kollegen dringend vor Bezug. Vor Allem ist es die Werkstätte von Koburger, die sich hierbei auszeichnet, und haben die dortigen Kollegen diese blokt. In Delenitz i. Vogtl. hat sich eine Mitgliedschaft gebildet; Bev. ist E. Arnold, bei Mr. Poretz, Breitenstraße 30, Kassirer ist Gustav Schmidt, Revisoren Moritz Leucht und E. Tag; der Beisitzer ist „Zur Wand'ers Ruhe“ bei Herrn Baumann. In Camstatt ist Brodm. Wörtsch bei Müller. In Stuttgart ist Bev. Heinrich Schick, Kolbstr. 29, Kassirer Rosmas Unger, selbige Adr., daselbst ist auch das unentgeltliche Arbeitsnachweiskureau; die Versammlungen finden in der „Deutschen Kahne“, Karlsstr. 16, 1 Tr. jeden Montag Abend statt. In Wolfenbüttel ist Bev. Friedrich Wilhelm, bei Mr. Fraatz, kleiner Zimmerhof. In Erfurt wohnt der Bev. E. Erler, Gothardstraße 20, Hinterhaus. Stuttgart: B. Schröder! Ist genehmigt und sollte schon in Nr. 1 des „Wander“ bekannt gemacht werden, wurde jedoch aus Versehen weggelassen. Den 17. tritt Unterzeichneter seine Post an. Briefe u. sende man alles noch unter meiner Adresse. Mit Gruß

W. Bod.

Verband der Kürschner von Leipzig und Umgegend.

Leipzig, 9. Februar. In der am 31. Januar in Leipzig abgehaltenen außerordentlichen Verbands-Versammlung wurde beschlossen, im „Volkstaat“ unsern Klassenbericht zu veröffentlichen. Einnahme: Marktschäfer Thlr. 67. 4., Lindenau Thlr. 20. 21., Kötha Thlr. 7. 15. Summa Thlr. 95. 10. Ausgabe: Für Antrittungsblätter Thlr. 14. 15., für Annoncen, „Volkstaat“ Abonnement, Papier, Porto u. Thlr. 6. 20. 8. Summa Thlr. 21. 6. 8. An die Leipziger Kreditbank wurden im Dezember 1874 eingezahlt Thlr. 40. Da der Kassenbestand Thlr. 34. 4. 2. Somit beläuft sich unser Verbandsvermögen auf Thlr. 74. 4. 2.

Wenn es eigenhümlich erscheint, daß unter den Mitgliedschaften gerade Leipzig gar nicht genannt ist, so ist es notwendig, hierüber einige Aufklärung zu geben. Für Leipzig selbst war es bis dato noch nicht möglich gewesen, eine Mitgliedschaft zu gründen, weil die Kürschner hier noch ziemlich tief im Kleinhandwerkertum stecken, und in Folge dessen die Nadelarbeiter eine Kaste für sich bilden, die zwar ohne allen Zusammenhang sich befinden, aber in Folge dessen auch die in den Zuriichern sich befindenden Kollegen als Fabrikarbeiter betrachten und mit diesen keine gemeinsame Sache zu machen für notwendig halten; ebenso wie die Zuriicher mit Arbeitern anderer Gewerke noch vor einem Jahre keine gemeinsame Sache zu machen für nötig fanden, bis ihnen im Juli vorigen Jahres eine Zuchtanstalt, resp. Fabrikordnung angeboten wurde. So kann es auch kommen, daß den Herrn Nadelarbeitern in Folge der jetzigen allgemeinen Geschäftslage vielleicht eine Lohnreduktion, verbunden mit einer Erhöhung der Arbeitszeit, angeboten

wird, und die Herren werden entweder kapitalisieren oder sich dem Verbanne anschließen müssen. Diese eben angeführte Bemerkung wurde auch schon im Berichte des ersten Vorsitzenden mitgeteilt. Weiter wurde auch im Geschäftsberichte des ersten Vorsitzenden besonders hervorgehoben, daß die Mitgliedschaft Marktschäfer auf Grund dieser gemachten Erfahrung unter sich den Beschluß fasste, ihre eingezahlten Steuern vom Verbands-Kassirer zu erheben und dieselben selbst verzinslich anzulegen, was auch ausgeführt wurde. Daß dieses Vorgehen nach den bestehenden Verbandsstatuten vollständig ungerechtfertigt ist, und vielleicht in der ganzen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands einzig dasteht, ist leicht denkbar. Weiter bemerkt der Geschäftsbericht, daß dieser Schritt dadurch motiviert wurde (wie auch ein Schreiben von Marktschäfer genau nachwies), daß von den einigen 70 Mitgliedern in und um Leipzig nur 12 ihre Verbandssteuern pünktlich bezahlt haben, in Folge dessen Marktschäfer berechtigt sei, seine Gelder selbst zu verwalten. Die Versammlung nahm den Bericht nicht ohne Mißstimmung entgegen, und als dieser Punkt zur Debatte kam, erklärten alle Redner, daß dieses Vorgehen der Marktschäfer nicht nur ein ungerechtfertigtes, sondern vollständig gegen die Interessen des Verbandes verstoßendes sei; im Laufe der Debatte kam ein Antrag ein, dahin gehend, daß der Verbandsvorstand beauftragt werde, innerhalb 6 Wochen in allen um Leipzig liegenden Ortschaften, sowie in Leipzig selbst, Mitgliedschaften zu gründen. Die Versammlung ging von der Ansicht aus, daß, wenn dieser Beschluß ausgeführt ist, auch Marktschäfer seinen statutenwidrigen Beschluß ansieht und somit die Sache sich glänzlich belegen ließe. Sollte letzteres aber nicht der Fall sein, so würde in einer der nächsten oder schon in der kommenden Generalversammlung eine schärfere Maßregel ergriffen werden müssen. Was den Bericht des Kassirers und der Kontrollkommission anbelangt, so nahm die Versammlung denselben mit großer Befriedigung entgegen. Mit Vorbehalt etwaiger Irrthümer im Kassenbericht zeichnet

Im Auftrage der Versammlung: Franz Trost.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siegen, 13. Februar. Raschgehend bringen wir die Adressen der Bevollmächtigten zur Veröffentlichung. Augsburg: J. N. Eisenlohr, Luden C 263, vis-à-vis dem Sturmlöcher. Berlin: H. Lüdicke, alte Jakobstr. 12. Braunschweig: F. Rummel, Schanzstr. 1. Barmen: R. Fensel, Schafstrüdenstr. 6. Bayreuth: A. Schweitzer, Münzgasse 171. Chemnitz: G. Schöffel, Bernsbacherstr. 23, 3 Tr. Constanz: R. Hornmuth, bei Büchsenmacher Wigganbauer. Ebersfeld: Fr. Heerloh, Grünestr. 10 bei Mileg. Erfurt: G. Schäfer, Kohlgrube 3. Gotha: F. Knopf, am Berg 41. Gießen: P. Weichsel, Tiefenweg. Halle a. S.: J. Beyer, H. Sandberg 21, Hof rechts 3 Tr. Leipzig: L. Witt, Reumarkt 29. Landshut: Ferd. Schmidt, Bergstr. 171, 1 Tr. Nürnberg: M. Hoffmann, obere Schmitzgasse 481, 2 Tr. Pforzheim: Fr. Blumer, Holzgartenstr. 238. Regensburg: M. Erndl, Kepplerstr. 85 d. Stade: F. A. Hiller, Dungenstr. 703. Schw. Gmünd: H. Ströhl, bei Herrn Ebing, kalten Markt. Würzburg: M. Kömp, Schottenanger 9. Wiesbaden: H. Schuster, Saalgasse 10. Wolfenbüttel: H. Thiele, Langenherzogstr. 29. Die Adresse des Unterzeichneten ist nicht mehr Markt 7, sondern Neustadt D. 201.

Mit Gruß und Handschlag

Der Ausschlag.

J. A.: Balth. Klerz.

Correspondenzen.

Geyer, 31. Januar. Leider bekommen wir hier immer noch keinen Saal zu einer Volksversammlung, und so sahen wir uns auch gestern wieder genöthigt, in einer Restauration zu tagen. In der gut besuchten Versammlung referirte Wiener aus Magdeburg unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Die anwesenden Gegner verhielten sich diesmal ruhig. Sie wurden von Wiener gleich zu Beginn seines Vortrags aufgefordert, ihn zu widersprechen; das ließen sie aber natürlich bleiben, denn in öffentlichen Versammlungen und, wie es sich gehört, entgegen zu treten, dazu sind sie äußerst selten zu bewegen. Hinterher tüchtig darauf loschimpfen, das bekommen sie wohl fertig. Diese Kampfweise wurde von Wiener auch in das gebührende Licht gesetzt und erbot er sich, falls die Gegner mit ihm ehrlich kämpfen wollen, ihnen zu jeder Zeit Rede und Antwort zu stehen.

An der Debatte theilnahmte sich Demmler und legten beide Redner den Arbeitern dringend ans Herz, sich zu organisiren, um vereint für ihre Interessen zu kämpfen.

Thalheim, 2. Februar. Die letzte Gemeinderathswahl hat wiederum zu dem „Rückzuge der Sozialdemokratie“ eine treffliche Illustration geliefert, indem sämtliche aufgestellte Candidaten der Liberalen? — nein der sozialistischen Richtung gewählt wurden. Eine gestern sehr zahlreich besuchte Volksversammlung besuchte den „Rückzug der Sozialdemokratie“ noch besser. Wiener aus Magdeburg referirte unter dem Beifall der Versammlung über: „Die heutige Produktionsweise und ihre Folgen“ und über „Das Landstammgesetz“. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners, und trugen dessen Ausführungen sicher dazu bei, den Arbeitern Klarheit über ihre Lage zu verschaffen. Offenlich wird der Wunsch des Redners, nach gewonnenen Siegen nicht zu ruhen, sondern sich immer zu neuen Kämpfen zu rüsten und stets gut organisiert zu bleiben, von den Arbeitern Thalheims stets beherzigt werden.

Reichenbach. Offenes Sendschreiben an Se. Excellenz den Herrn Finanzminister v. Camphausen in Berlin.

Motto: Rath, 7, 8 oder: Nimms an die selbst ab, was dein Nächster gern oder ungern hat.

Herr Minister!

Im Reichstag haben Sie sich über das Bankgesetz u. A. in folgender Weise ausgesprochen: „Die Industrie müsse anfangen wohlfeiler zu produziren, man müsse sparsamer und wirtschaftlicher werden. Die Panik in den Eisenbahnpapieren sei daraus entstanden, daß man die Grundsätze der Sparsamkeit nicht zu wahren gewußt und durch große Bauten die Erträgnisse verringert habe. Für Deutschland trete bald die Nothwendigkeit heran, eine neue Regelung der Arbeitslöhne herbeizuführen; die Arbeitslöhne müßten herabgesetzt werden u. s. w.“ Herr Minister! Als Sie diese Rede geredet, haben Sie wohl die Tragweite derselben nicht berechnet. Sie hatten wohl vergessen, daß Sie kurz vorher bei anderer Gelegenheit gesagt haben, daß Preußen ungefähr 6 1/2 Mill. Steuerpflichtige habe, welche in Folge ihres geringen Einkommens (unter 140 Thaler) nicht zur Klassensteuer herangezogen werden könnten. Daß Sie bei dieser Klasse von Menschen Ihr Sparexperiment in Vorschlag zu bringen beabsichtigten, möchten wir bezweifeln, denn hier dürfte sich wohl das Sprüchwort bewahrheiten: Wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren. Wie viele neben den 6 1/2 Millionen noch übrig bleiben, an welchen Ihr Sparsystem in Anwendung gebracht werden kann, werden Sie

sicherlich am Besten wissen, ob aber diesen noch so viel abzunehmen ist, daß damit die Industrie gerettet werden könnte, möchten wir sehr bezweifeln. Sollten aber diese Zweifel begründet sein, so dürfte dies ein Beweis sein, daß sich auch „große“ Männer einmal verfahren können. In dessen dürfte es außer der Lohnherabdrückung auch noch andere Mittel und Wege geben, der Industrie abzuhelfen. Wir meinen die Aufhebung aller solcher Zölle und Abgaben, welche derselben am meisten hindernd und belastend im Wege stehen, und diesen Vorschlag empfehlen wir Ihnen zur geneigten Prüfung und Berücksichtigung. Wie aber, werden Sie fragen, sollen diese Ausfälle gedeckt werden? Wir antworten: durch Sparen Herr Minister, durch Sparen. Aber nun muß nicht da sparen wollen, wo es nichts zu sparen giebt, sondern wo eben das Sparen etwas einträgt. Wie wäre es, wenn Sie, Herr Minister, in Ihrem Ressort ein gutes Beispiel gäben und bei sich anfangen und sagten: ich will fortan nur noch die Hälfte meines Gehaltes, und dabei brauche ich noch lange keine trockenen Kartoffeln mit Hering zu essen, wie unsere Arbeiter. Das Uebrige soll zur Deckung des Ausfalls dienen. Und wenn dann gute Vorgänger gute Nachfolger finden würden, so würde durch solche Sparsamkeit das Fehlende leicht gedeckt werden können, und Sie würden sich dadurch einen Namen machen, der über alle Namen ginge, und nach langen Jahren würde man noch mit Hochachtung den Namen Camphausen nennen. Darum, Herr Minister, auf an's Werk! Von Oben muß man anfangen.

Mehrere Arbeiter.

Burkhardtsdorf. Sonntag, den 31. Januar fand hier selbst eine Volksversammlung statt unter dem Vorsitz von Oswald Roscher. Wiener sprach über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Interessen des Volkes und seine Vertreter“, und erledigte denselben unter dem größten Beifall der Versammlung. Stiegler aus Chemnitz referirte über den zweiten Punkt: „Die Vereinigung der beiden Parteien“. Nachdem derselbe unter allgemeinem Beifall der Anwesenden die großen Vortheile dargestellt hatte, welche diese Vereinigung in sich trage und Wiener, sowie die hiesigen Parteigenossen Oswald Roscher und Friedrich Bömer einige beherzigenswerthe Worte an die Bestimmungsgenossen gerichtet hatten, wurde folgende von den Letzgenannten eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. „Die heutige Volksversammlung beschließt, in Anbetracht der politischen und sozialen Mißstände, dahin zu wirken, daß die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf Grundlage des gemeinschaftlichen sozialistischen Prinzips baldmöglichst herbeigeführt wird.“

Mit sozialdemokratischem Gruß

Gustav Bömer.

Brand bei Zwickau, 8. Februar. Am Sonntag fand im Eyrler'schen Gasthose zu Brand eine Versammlung der Mitglieder der Genossenschaft der Gruben- und Tagearbeiter unter Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden der genannten Genossenschaft statt. Der Besuch dieser Versammlung war ein den Verhältnissen angemessener ziemlich guter und wurden die auf der Tagesordnung stehenden Punkte zur Zufriedenheit der Anwesenden erledigt. Haupt-sächliche Gegenstände der Tagesordnung waren der Rechenschaftsbericht vom Jahre 1874, summarisch zusammengefaßt, wodurch einem längst gehegten Wunsch der Mitglieder zu Brand entsprochen wurde, und das Referat des stellvertretenden Vorsitzenden der Gruben- und Tagearbeiter zu Zwickau „über die Genossenschaft und ihre Gegner.“

Es entstand eine lebhafte Debatte, welche dahin ging, daß einerseits die Kapitalmacht wohl Gegnerin der Genossenschaft sei, man dies aber immerhin noch einschuldigen könne, weil (wenn auch mit Unrecht) die Kapitalmacht ihre Interessen geschützt sehe, natürlich unter „Verleugnung der Menschlichkeit“; andererseits sei aber der Arbeiter selbst Gegner der Genossenschaft, und zwar der gefährlichste; er fühle zwar, daß ihn so zu sagen der Schuh drücke, sei aber einestheils zu feig, einzutreten für sein eigenes Interesse, andererseits fehle ihm aber auch der Grad von Bildung, um Mittel und Wege zu finden, seine Lage zu verbessern. Es wurde schließlich aufgefordert, dahin zu wirken, daß Mehr und Mehr, überhaupt Alle, in die Genossenschaft eintreten möchten, weil nur auf geordneten, geselligen Wegen etwas zu erreichen sei, und es sei nöthig, die Blätter, wie „Volkstaat“ und „Bürger- und Bauernfreund“, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, zu lesen, damit Aufklärung in die Arbeiterkomane, überhaupt sie ihre Lage erkennen lernten u. s. w.

NB. Es wurde in dieser Versammlung gesagt, der Arbeiter sei einestheils zu feig, für sein Interesse einzutreten. Wir wollen dies nachträglich beweisen. Vor 14 Tagen, den 24. Januar, war im Holl'schen Gasthose zu Niederplanitz Bergarbeiterversammlung, mit der Tagesordnung: Statistischer Bericht und die Arbeiterordnung der Bürgergenossenschaft. Der letzte Gegenstand, über welchen Hoch aus Niederplanitz referirte, hatte auch zwei Officianten der Bürgergenossenschaft angezogen, diese Bergarbeiterversammlung zu besuchen; sie fragten erst an, ob sie Eintritt hätten, wir, das gewählte Bureau, hatten natürlich keinen Grund, ihnen den Eintritt zu verwehren, sondern freuten uns dieses Besuches. In Folge dessen gab es aber Bergarbeiter, welche, da sie die Herren Officianten erblickten, Meht machten und nicht in die Versammlung gingen. Ueberhaupt war diese Versammlung eine schlecht besuchte, trotz der wichtigen Tagesordnung. Wir müssen deshalb immer und immer wieder den Arbeitern zurufen: Erwannst Euch und tretet ein in die Genossenschaft der Gruben- und Tagearbeiter! legt die Hand an zur Verbesserung Eurer Lage! Ueberlastet den Kampf ums Dasein nicht einer verhältnismäßig kleinen Zahl, und legt nicht allzuviel Gewicht auf den Bibelspruch: Schet die Vögel unter dem Himmel an u. s. w.]

Berlin. Der „Gewerkeverein“ soll bekanntlich dem Wachsthum der Sozialdemokratie entgegenarbeiten und wird deshalb recht flott in demselben auf die „Vaterlandsverräter“ und unverbesserlichen Communisten geschimpft. Es ist wieder für uns eine recht prägige Sache, berichten zu können, was die Arbeiter, die Mitglieder der Gewerkevereine sind, mit ihrem Zwangsorgan machen. Schon seit geraumer Zeit wurde in den Versammlungen der Orts- und Gewerkevereine die Thatsache ausgesprochen, daß die Mitglieder, trotz der bequemen Einrichtung, in fast verschwindernder Anzahl den „Gewerkeverein“ abholen. So wurden in einer der 12 Abholstellen, bei Hugo Landgraf, Adalbertstraße, von jeder Nummer im höchsten Maße 4 Exemplare verlangt, die übrigen blieben, was sie auch eigentlich sind — als Kataloge liegen. Um die Druckkosten zu ersparen, hat der Gewerkeverein der Hand- und Fabrikarbeiter nun den Beschluß gefaßt, auf je 3 Mitglieder nur 1 Exemplar zu bestellen. Uns scheint auch dieses Verhältniß noch zu hoch gegriffen. Herrn Dr. Max Hirsch und seinem Adjutanten Hugo Folke empfehlen wir aber, unermüdlich ihre „geistigen“ Produkte abzuladen; dem einfachen Arbeiter wird es mit der Zeit klar werden, daß die Lehre von der „Harmonie“ eine Irthüre ist.

Siegen. Wohl selten finden die Leser im „Volkstaat“ Mittheilungen über die hiesigen Verhältnisse und wenn nun zu den

